



demokratieunterricht an schulen

W wie Wertschätzen

Sachsen will die Demokratieerziehung an den Schulen stärken. Bei manchen weckt der Wertekunde-Unterricht böse Erinnerungen an DDR-Indoktrination

Das Referat 36 im sächsischen Kultusministerium ist derzeit mit einer staatstragenden Mission betraut: Es soll nichts Geringeres retten als die demokratische Kultur an den Schulen im Freistaat – und ganz nebenbei den „autoritären und antidemokratischen Strömungen“, die sich dort immer offener zeigen, entgegentreten. Die Wunderwaffe, mit der das gelingen soll: die Handlungsempfehlung „W wie Werte“, die noch diesen Sommer unterschrittsreif auf dem Tisch von CDU-Kultusminister Christian Piwarz liegen soll – und für deren Umsetzung die schwarz-rote Landesregierung schon eine Million Euro bereitgestellt hat. Wie dringend diese Mission ist, zeigen die Befunde des „Sachsen-Monitors“ aus dem Jahr 2016. Was bei den Umfrageergebnissen der Regierungsstudie vor allem verstört: wie hoch die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit unter jungen Sachsen ist. Von den befragten 18-

würden entlastet, zusätzliche Klassenleiterstunden geschaffen werden. Alle Lehramtsstudierende müssten ein Demokratie-Modul belegen, egal ob sie Sport, Mathe oder Geschichte unterrichten wollen. Und: Sämtliche Schulleiter*innen müssten eine Fortbildung zur Demokratieerziehung mitmachen – und da beginnt das Problem. Denn die ostdeutschen Bundesländer haben sich aufgrund der Indoktrinationserfahrungen während des SED-Regimes, Stichwort Staatsbürgerkunde, bis heute eine begründete Distanz zur „politischen Kultur“ und zur „Demokratieerziehung“ bewahrt. Als sich der thüringische Bildungsminister Helmut Holter (Linke) vor Kurzem gegen verpflichtende KZ-Besuche von Schüler*innen ausgesprochen hat, begründete er dies mit ebenjener Schulerfahrung in der DDR. Wenn das Wertepapier nun einfordert, dass Schüler*innen bereits „in jungen Jahren Vorzüge, Leistungen und Chancen der Demokratie erfahren“ sollen – wem kann man verdenken, dass da sofort Erinnerungen an die „ideologische Erziehung“ vor 1989 wach werden? Vielleicht verbunden mit der Sorge, dass ein staatlicher Erziehungsanspruch ein weiteres Mal in Denkverboten münden könnte? Die Frage, wie viel Unterstützung das Ministerium bei den Lehrkräften hat, ist bei der Umsetzung aber entscheidend. Denn solange sich Lehrer*innen dem Argument verschließen, dass die demokratische Erziehung im Unterricht notwendig sei, kann keine Fortbildung sensibilisieren und kein Lehrplan Erfolg haben. Nach ersten Treffen mit der „Basis“ haben die Referenten im Ministerium – wie sie hinter vorgehaltener Hand einräumen – durchaus Zweifel an der Kooperationsbereitschaft der Schulen. Fakt ist: Von den 33.000 Lehrer*innen in Sachsen ist ein Großteil in der DDR sozialisiert. Ein Teil unterrichtet mit DDR-Abschlüssen. Es gehört eben auch zur Wahrheit, dass unter ihnen auch solche sind, die in der BRD nicht das beste Staatssystem sehen. Zur fehlenden Kooperationsbereitschaft gehört aber auch die Gegenseite. Sachsen hat sich lange gestraubt, seine Lehrer*innen zu verbeamen. Erst 2018, als die innerdeutsche Arbeitsmigration kein Zögern mehr zuließ, reagierte die Staatsregierung. Allerdings: Nur Lehrkräfte bis 42 Jahre, gerade mal jeder Fünfte, werden nun nachträglich verbeamtet. Die große Mehrheit erhält eine Altersdiskriminierung. Man muss die Beamtenfrage nicht überbewerten. Aber unterschätzen darf man sie auch nicht. Sicher ist: Man kann Befindlichkeiten taktvoller begegnen. Wie, zeigt passenderweise das Wertepapier. Gruppen wie „Schule ohne Rassismus“, die seit Jahrzehnten in Sachsen an Schulen Fremdenfeindlichkeit bekämpfen, werden endlich als Partner mit einbezogen. Schüler*innen kommen in dem Konzept als aktive Akteure vor, die sich etwa im Klassenrat aktiv für ein besseres Schulklima einsetzen können. Und eine Maßnahme hat auch die Nöte armer Familien im Blick: Wenn dank ausgebauter Förderinstrumente künftig alle Schulkinder mit zur KZ-Gedenkstätte fahren können, schließt das kein Kind von der politischen Teilhabe aus. Muss sich nur noch eine Lehrkraft finden, die die Fahrt anbietet.



Ralf Pauli 35 Jahre, ist Bildungsredakteur der taz. In seiner Schulzeit hat ihn sehr das Zeitzeugengespräch mit einem Holocaust-Überlebenden berührt. Über Demokratie und aktuelle Politik wurde aber viel zu wenig gesprochen.

Zur Wahrheit gehört, dass nicht alle sächsischen LehrerInnen in der BRD das beste Staatssystem sehen

bis 29-Jährigen will jeder Vierte an Juden etwas „Besonderes und Eigentümliches“ erkennen, das nicht so recht „zu uns passt“. Jeder Dritte glaubt, dass die NS-Verbrechen in der Geschichtsschreibung „übertrieben“ seien. Und fast jeder Zweite würde Muslimen den Zuzug nach Deutschland generell „untersagen“. Ein einmaliger Ausrutscher? Keineswegs, wie die Folgestudie von 2017 beweist. Fremdenfeindliche und rechtsradikale Einstellungen sind auch schon unter Jugendlichen verbreitet. Ein Indiz dafür: Bei der letzten Juniorwahl, die bundesweit mehr als 3.400 Schulen zeitgleich zur Bundestagswahl abhielten, wählten 13 Prozent der sächsischen Schüler*innen AfD – mehr als in jedem anderem Bundesland, mehr als doppelt so viele wie im Bundesschnitt. In Anbetracht dieser Zahlen muss man dem sächsischen Kultusministerium Respekt dafür zollen, dass es erstens das Thema nicht so beharrlich ignoriert wie etwa der Nachbar Sachsen-Anhalt (12,4 Prozent AfD bei der Juniorwahl). Und dafür, dass es zweitens für die Erarbeitung seines Werte-Konzepts Wissenschaftler*innen, Menschenrechtsgruppen und Schüler*innen mit ins Boot holte. Und drittens – wegen der Vorschläge selbst. Die 31 Maßnahmen der Handreichung muss man als konsequent und mutig würdigen. Endlich mal eine Bildungsreform, die mehr ist als reine Kosmetik oder purer Aktionismus! Kommt das Werte-Konzept in seiner jetzigen Form durch den Landtag, könnten bald Lehrpläne geändert, neue Schulmaterialien gedruckt, Lehrer*innen fortgebildet und die Lehramtsausbildung könnte umgestellt werden. An Gymnasien und an Oberschulen würde das Fach Gemeinschaftskunde schon in der 7. statt bisher in der 9. Klasse beginnen. Vertrauenslehrer*innen

Michael Braun über die kommende Regierung in Italien

Gegen Spardiktate

Tatsächlich verändern“ werde Italien sich unter der neuen Regierung aus 5-Sterne-Bewegung und Lega, verkündete am Mittwoch der Fünf-Sterne-Chef Luigi Di Maio, der jetzt ausgearbeitete Koalitionsvertrag sei „die größte politische Neuheit der letzten 20 Jahre“. Viele in Europa, in Brüssel, Paris oder Berlin, sehen das als Drohung. Den gut 50 Prozent der italienischen Wähler, die die beiden jetzt an die Regierung strebenden Anti-Establishment-Parteien ihre Stimme gegeben haben, dürften dagegen Di Maios Worte als Versprechen gelten. Um ein Missverständnis gleich auszuräumen: Nein, diese Menschen votierten nicht „gegen Europa“. Diese Themen spielten im Wahlkampf so gut wie keine Rolle. Wohl aber stimmten sie gegen jene Austeritätspolitik, der Italien seit 2011, seit dem Ausbruch der Eurokrise folgt. Schluss mit den aus Brüssel und Berlin diktierten Sparzwängen: Dies war und ist die Botschaft, die die beiden zukünftigen Koalitionspartner eint. Überraschen kann das nicht. Die Armut im Land hat sich dramatisch ausgedehnt,

und auch die Mittelschicht hat herbe Einkommensverluste erlitten. „Patrioten“ seien jetzt gefragt, verkündet einer der Frontmänner der Fünf Sterne, „die „Stunde des Muts“ habe geschlagen. Oder die Stunde des Übermuts? Der Koalitionsvertrag schweigt sich dazu aus, wie schnell das milliardenschwere Paket an steuerlichen und sozialen Wohltaten umgesetzt und erst recht wie es gegenfinanziert werden soll. Klar ist dagegen die Ansage, dass Italien das gesamte Euro-Vertragswerk vom Stabilitäts- zum Fiskalpakt neu aufschnüren will. Der Beifall einer Mehrheit der Italiener zu diesem Vorgehen dürfte der sich abzeichnenden neuen Regierung gewiss sein. Mag sein, dass sie sich nicht gegen Europa und den Euro aufstellen will. Doch wenn sie Ernst macht mit ihren Vorhaben, könnte sich ihrerseits die EU schnell gegen Italien positionieren. Und dann wäre ein Großkonflikt denkbar, gegen den die Griechenlandkrise nach dem Wahlsieg der Syriza nur ein müdes Vorspiel war. **schwerpunkt 3**

Erich Rathfelder über das Gipfeltreffen der EU in Sofia

Der Griff nach dem Balkan

igentlich sollte der Gipfel der Regierungschefs der EU in Sofia sich vor allem um die Beitrittsperspektiven der Westbalkanländer kümmern. Mit dem Konflikt um den Iran sind die Spannungen zwischen den USA und Europa jedoch zum vorherrschenden Thema geworden. Der demonstrative Schulterschluss der Regierungschefs der EU gegen Trump mag zwar für den Moment Stärke symbolisieren, in Wirklichkeit jedoch wird die Position der EU durch den Iranstreit geschwächt. Zumal auf dem Balkan. Schon jetzt kümmert es Russlands Präsidenten Putin nur wenig, wenn die Nato leise gegen die Militärhilfen Russlands in Serbien und dem serbischen Teilstaat in Bosnien und Herzegowina Stellung nimmt. Die Spaltung des Westens erweitert politische Spielräume für andere. Ausgerechnet in dem symbolträchtigen Sarajevo wird der türkische Präsident Erdoğan am Sonntag demonstrativ kurz nach dem Gipfel der EU seine Botschaft für Europa und den Westbalkan verkünden. Zwar wird die EU-

Beitrittsperspektive für die Westbalkanstaaten nach außen hin sogar von Russland und der Türkei gestützt, in Wirklichkeit jedoch denkt man in Moskau und Ankara strategisch langfristig. Dass Russland Interesse an den christlich-orthodoxen Staaten zeigt und die Türkei die muslimischen Gebiete für sich gewinnen will, ist ja offensichtlich. Außer den immer hohler klingenden Versprechungen auf Integration hat Brüssel keine gemeinsame Strategie formuliert. Spanien und vier weitere Länder haben sich ohnehin wegen des Kosovokonflikts aus einer gemeinsamen Politik ausgeklinkt, der französische Präsident Macron will erst die bestehende EU konsolidieren, und Deutschlands Politik bleibt leider viel zu vage. Noch hofft ein großer Teil der Bevölkerung der Region darauf, dass Europa es mit den Beitritten wieder ernster meint. Auch um die eigenen nationalistischen Dämonen zu bändigen. Die haben nämlich keine Skrupel, sich mit totalitären Herrschern zu verbünden. **ausland 10**

die dritte meinung

Die CSU leistet der Orbanisierung des deutschen Asylrechts Vorschub, sagt Heiko Habbe

Eine „Anti-Abschiebe-Industrie“ sieht Alexander Dobrindt in Deutschland am Werk. Diese wolle „den Rechtsstaat von innen bekämpfen“. Man könnte das abtun als Getöse im bayerischen Wahlkampf. Es ist aber mehr. Es ist eine Kampfansage an den Rechtsstaat, den der CSU-Politiker zu verteidigen vorgibt. Rechtsstaat ist, wenn derjenige, gegen den der Staat einschneidende Maßnahmen verfügt, diese Maßnahme vor Gericht überprüfen lassen kann. Und was könnte einschneidender sein als die Abschiebung zurück in die Gefahr, der ein Mensch gerade erst entflohen war? Rechtsstaat ist Schutz des Einzelnen gegen den strukturell überlegenen Behördenapparat. Wenn Dobrindt das als rechtsstaatsfeindlich bezeichnet, dann macht er sich selbst zum Feind des Rechtsstaats, indem er diesen in seinem Kern in Frage stellt. Innenminister Seehofer will derweil die Rechte von Asylsuchenden weiter beschneiden. Bis zu 18 Monate will er sie in Lagern festhalten, wo Integration unerwünscht ist. Die Asylprüfung soll

nach einem aktuellen Gesetzentwurf nur 48 Stunden dauern, eine unabhängige Rechtsberatung sieht der Entwurf nicht vor. Und weil derzeit viele Klagen gegen negative Asylbescheide erfolgreich sind, will Seehofer das Prozessrecht verschärfen und so die Möglichkeit zu wirksamem Rechtsschutz beschneiden. Kurzer Prozess nach oberflächlicher Entscheidung: Die Orbanisierung des deutschen Asylrechts schreitet fort. Man kann den Eindruck bekommen, dass dabei auch neue Bilder wie die vom massiven Abschiebe-Polizeieinsatz in Ellwangen in Kauf genommen werden sollen. Der Anwalt des Togoers aus Ellwangen bekommt seitdem Morddrohungen und Hass-Mails. Betreffzeile: „Anti-Abschiebe-Industrie“. Dobrindts Saat geht auf. Wenn zugunsten der staatlichen Vollstreckungsmaschinerie der Rechtsstaat unter die Räder kommt, wenn Hass gesät wird, wenn der Rechtsstaat darin versagt, Geflüchteten den notwendigen Schutz zu gewähren, dürfen Kirchen und Zivilgesellschaft dazu nicht schweigen.

Heiko Habbe arbeitet bei der kirchlichen Beratungsstelle „fluchtpunkt“ in Hamburg.